

Reinhard Rürup

Revolution und Volksbewegung: 1848/49 im Kontext der deutschen Geschichte*

Prof. Dr. Reinhard Rürup, geb. 1934 in Rehme, Studium der Geschichte, Germanistik und Philosophie in Freiburg/Br., Berlin (FU) und Göttingen, lehrt Neuere Geschichte an der TU Berlin. Forschungsschwerpunkte: Deutsch-jüdische Geschichte seit dem 19. Jahrhundert, Geschichte des Antisemitismus, Revolutionsgeschichte, Geschichte des Nationalsozialismus.

Karl Marx, der bekanntlich die Zuspitzungen liebte, beklagte schon 1843 in seiner „Kritik der Hegeischen Rechtsphilosophie“ einen auffälligen Mangel an Revolution und ein Übermaß an gegenrevolutionären, „restaurativen“ Tendenzen in Deutschland. Er schrieb: „Wir haben nämlich die Restaurationen der Völker geteilt, ohne ihre Revolutionen zu teilen. Wir wurden restauriert, erstens, weil andere Völker eine Revolution wagten, und zweitens, weil andere Völker eine Konterrevolution erlitten, das eine Mal, weil unsere Herren Furcht hatten, das andere Mal, weil unsere Herren keine Furcht hatten. Wir, unsere Hirten an der Spitze, befanden uns immer nur einmal in Gesellschaft der Freiheit, am Tag ihrer Beerdigung.“ Es gibt wenig Grund zu der Annahme, daß Marx, der sich 1848 leidenschaftlich für die Revolution engagierte, um 1850 wesentlich anders geurteilt hätte. Zu groß war die Ungeduld, zu groß waren die Enttäuschungen. Mit seiner bitteren Polemik schlug er einen Ton an, der für den Umgang der linken Intellektuellen mit dem Thema „Deutschland und die Revolution“ prägend geblieben ist. Je mehr man von der Notwendigkeit revolutionärer Veränderungen überzeugt war, desto schärfer wurden die Formulierungen über die besondere Unfähigkeit der Deutschen zur befreienden revolutionären Tat. Schon im späten Kaiserreich, vor allem aber seit der Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung im Ersten Weltkrieg, richtete sich dieses Verdikt auch gegen große Teile der sozialistischen Bewegung in Deutschland. Lenins immer wieder genüßlich zitierte Bemerkung, daß die deutschen Revolutionäre vor der Erstürmung des Bahnhofs erst eine Bahnsteigkarte lösen, gehört in diesen Zusammenhang.

Kein Platz für Revolutionen - der deutsche Sonderweg?

Diese kritische Position spiegelte ein historisch-politisches Selbstverständnis des deutschen Bürgertums, das spätestens im Kaiserreich vorherrschend wurde. Hier wurde die These, daß Deutschland das „Land ohne Revolution“ sei, positiv verstanden. Luthers Reformation galt als die eigentliche deutsche Revolution - eine Revolution des Geistes und des Gewissens -, und das Ausbleiben von Revolutionen auf dem Wege in die moderne Gesellschaft wurde als ein Ergebnis der besonderen Reformfähigkeit deutscher Politik

* Vortrag beim Forum der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD „1848-1998. Tradition und Zukunft sozialer Demokratie in Deutschland“, 20/21. März 1998 in Berlin.

interpretiert. Der Französischen Revolution von 1789 wurden deshalb die preußischen Reformen nach 1806 als der deutsche Weg des gemäßigten Fortschritts programmatisch gegenübergestellt. „Die Höhepunkte unserer nationalen Vergangenheit“, so faßte der Historiker Rudolf Stadelmann noch 1948 dieses Geschichtsverständnis zusammen, „sind nicht Siege über die Monarchie, sondern Siege der Monarchie, militärische Ruhmestaten und staatsmännische Leistungen, Friedrich der Große und Bismarck.“ Für Revolutionen gab es in diesem Geschichtsbild keinen Platz. Wenn ihre Existenz, wie 1848 oder 1918, nicht völlig in Abrede gestellt werden konnte, dann wurden sie als bedauerliche Fehlentwicklungen, als „das tolle Jahr“ oder „die innenpolitischen Wirren“, bezeichnet. Revolutionen waren ihrem Wesen nach „undeutsch“, ohne tiefere Legitimation.

1948 war man allerdings, nach zwei Weltkriegen und dem sogenannten „Dritten Reich“, mit solchen Vorstellungen eindeutig in die Defensive geraten. Das deutsche Volk, so hieß es nun bei Stadelmann, „wird in seinem politischen Wollen fast unbesehen von den anderen Nationen in das Schubfach der Reaktion geschoben und ein Etikett darüber geklebt mit der Aufschrift: Das Volk ohne Revolution. Der Mangel an Erfahrung und Erziehung auf dem Felde der radikalen Abkehr von der absolutistischen Vergangenheit der neueren Jahrhunderte ist der eigentliche Pariastempel, der unserer Geschichte aufgeprägt ist seit etwa drei Generationen. Die Verfemung des deutschen Namens hat in dem Ausbleiben einer normalen revolutionären Pubertätskrise der deutschen Entwicklung ihre erste und wahrscheinlich wichtigste Wurzel.“ Die hier beklagte „Verfemung des deutschen Namens“ hatte 1948 angesichts der nationalsozialistischen Verbrechen zweifellos andere Gründe. Doch wird die neue kritische Sicht der deutschen Geschichte, die von liberalen und demokratischen Historikern vor allem in Großbritannien und den USA entwickelt worden war, hier zutreffend benannt. Die Ursachen der nationalsozialistischen Katastrophe wurden nicht mehr in erster Linie im Versailler Vertrag oder in der Weltwirtschaftskrise gesucht, sondern in längerfristig angelegten Fehlentwicklungen der deutschen Geschichte. Die Ursachen dafür sah man vor allem im Fehlen einer erfolgreichen Revolution, in der Schwäche des liberalen und demokratischen Bürgertums, in der Gründung des deutschen Nationalstaats durch eine „Revolution von oben“, in den autoritären Strukturen des Kaiserreichs. Im Rahmen der neuauftretenden Modernisierungstheorien begann man bald von einer für Deutschland typischen „partiellen Modernisierung“ zu sprechen, von einem Auseinanderklaffen zwischen einer sehr erfolgreichen wirtschaftlichen Modernisierung und einer steckengebliebenen politischen und sozialen Modernisierung. Aus dem Vergleich zu den demokratisch entwickelten westlichen Gesellschaften entstand nun die Vorstellung von einem negativ zu bewertenden „deutschen Sonderweg“ in die Moderne. Die im Kaiserreich ausgebildete „Ideologie eines deutschen Weges“ wurde damit gleichsam auf den Kopf gestellt: Weil Deutschland ein Land ohne eine erfolgreiche bürgerlich-liberale Revolution war, schlug es, so wurde nun argumen-

tiert, einen fatalen „Sonderweg“ ein, der schließlich in die nationalsozialistische Katastrophe mündete.

Obwohl diese Auffassung nie unumstritten war, begann sie seit den siebziger Jahren die bundesrepublikanische Geschichtsschreibung zu dominieren. Ihre besondere Attraktivität war darin begründet, daß sich in ihr ein entschieden demokratisches Engagement mit einem längst überfälligen Methodenwechsel - vom klassischen Historismus zur historischen Sozialwissenschaft - auf eine wissenschaftlich produktive Weise verbinden konnte. Ein großer Teil der kritischen Studien zur deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts ist unter dieser Prämisse erarbeitet worden. Inzwischen allerdings hat die kritische „Sonderweg“-These offensichtlich ihren Zenit überschritten, und selbst Hans-Ulrich Wehler, einer ihrer einflußreichsten Verfechter, macht im dritten Band seiner „Deutschen Gesellschaftsgeschichte“ nun erhebliche Abstriche: Die „Revolution von oben“ im Zeitalter der Reichsgründung wird positiver gewertet, die Schwäche des Bürgertums weniger dramatisch dargestellt, die besondere „Rückständigkeit“ des Kaiserreichs im Modernisierungsprozeß auf einen relativ engen politischen Bereich eingegrenzt. Auch die 48er Revolution erscheint in einem helleren Licht, neben den Schwächen und den Niederlagen der Liberalen und Demokraten werden auch ihre Leistungen und Erfolge nachdrücklich herausgearbeitet.

Der europäische Revolutionsprozeß

Obwohl die „Sonderweg“-These von ihrem Anspruch her auf den internationalen Vergleich hin angelegt sein mußte, galt das praktische Interesse der von ihr inspirierten Forschung immer der deutschen Nationalgeschichte: Erklärt werden sollte in erster Linie die deutsche, nicht die europäische Geschichte. Auch die Revolution von 1848/49 ist deshalb fast ausschließlich in nationalgeschichtlichen Zusammenhängen dargestellt und interpretiert worden. Ein Wechsel der Perspektive ist erst in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren vollzogen worden, und auch das nur zögernd und in der Regel ohne wirkliche Konsequenz. Gerade für 1848/49 ist es jedoch unerlässlich, die revolutionären Vorgänge nicht nationalgeschichtlich zu isolieren, sondern sie als Teil eines europäischen Prozesses zu betrachten. Die revolutionäre Bewegung erfaßte nicht nur große Teile Europas, sondern sie wies in ihrem Aufstieg ebenso wie in ihrem Niedergang eine europäische Dynamik auf. Man kann lange darüber streiten, ob es richtiger ist, von der 48er Revolution im Singular oder im Plural zu sprechen - ganz unbezweifelbar ist, daß es sich um einen europäischen Vorgang handelt. Natürlich war eine Revolution in Frankreich grundverschieden von einer Revolution in Ungarn. In Frankreich war es bereits die dritte Revolution, in Ungarn die erste. In Frankreich ging es um die Machtverteilung in einem gefestigten Nationalstaat, während in Ungarn der nationale Staat durch die Revolution erst geschaffen werden sollte. In Frankreich wurden Sozialisten in die Provisorische Regierung aufgenommen, während in Ungarn die Entfeudalisierung der Gesellschaft auf der Tagesordnung stand. In Frankreich handelte es sich um eine gewerblich-industriell

entwickelte Gesellschaft, während Ungarn noch immer ein Agrarland war. Insofern gab es in der europäischen Revolutionsgeschichte der Jahre 1848 und 1849 sehr viel „Ungleichzeitiges“, waren die Unterschiede hinsichtlich der Voraussetzungen und Ziele revolutionärer Politik in den einzelnen Ländern und Regionen nicht nur beiläufig, sondern fundamental. Auf der anderen Seite aber hat es zu keinem anderen Zeitpunkt in der Geschichte eine so große Ausbreitung der Revolution in Europa gegeben, hat es in der Forderung nach Überwindung der ständisch-feudalen Sozialstrukturen und der absolutistisch-polizeistaatlichen Herrschaftsverhältnisse außerordentlich große Gemeinsamkeiten des Wollens und des Handelns gegeben. Liberale und demokratische Programme, in deren Mittelpunkt die Menschen- und Bürgerrechte standen, mochten nationale Einfärbungen aufweisen, sie waren in ihrem Kern jedoch gemeineuropäisch. Das galt zumindest zu Beginn der Revolutionszeit sogar für die Nationalbewegungen, die sich über die je spezifischen Ziele hinaus als Teil einer europäischen Bewegung - einer „Internationale der Nationalismen“ - verstanden.

Es gab viele Schauplätze der Revolution, und diese vielen Schauplätze boten alles andere als ein einheitliches Bild. Dennoch waren die Chancen der Revolution über alle nationalen oder regionalen Gegebenheiten hinaus in einem hohen Maße von der internationalen Entwicklung abhängig. Die Revolution kam durchaus nicht unerwartet. Sie galt spätestens seit den frühen vierziger Jahren als eine der konkreten Möglichkeiten der weiteren politischen Entwicklung. Es gab in vielen europäischen Staaten eine wachsende politische Opposition, eine zunehmende Kritik an den bestehenden Verhältnissen und an der Reformunfähigkeit der Regierenden, eine Radikalisierung auch der theoretischen Positionen, die die Situation eindeutig als vorrevolutionär charakterisierten. Hinzu kamen die wirtschaftlichen und sozialen Krisen, die teils aus der Auflösung der älteren Sozialordnung resultierten, teils eine Folge der konjunkturellen Krisen der sich ausbreitenden kapitalistischen Industriewirtschaft waren. Es war alles andere als ein Zufall, daß es Anfang 1848 an unterschiedlichen Orten zu Bankzusammenbrüchen kam und das Wiener Bankenkonsortium Anfang März seine Zahlungen an den völlig überschuldeten österreichischen Staat einstellen mußte. Große Teile der europäischen Bevölkerung hatten seit der Mitte der vierziger Jahre unter den Teuerungs- und Hungerkrisen gelitten, die ein Ergebnis der gravierenden Fehlernten vor allem bei den Massennahrungsmitteln Kartoffeln und Roggen waren. Es gab Hungerunruhen und Markttumulte, auch Proteste wegen der Unfähigkeit der Regierungen, für einen interregionalen Ausgleich zu sorgen und die Teuerung zu stoppen.

Unter diesen Voraussetzungen mußten offene politische Konflikte Wirkungen weit über die jeweiligen Landesgrenzen hinaus haben. Das galt schon für den Bürgerkrieg in der Schweiz, der im November 1847 mit einem Sieg der liberalen Kantone endete, und für den erfolgreichen Aufstand in Palermo im Januar 1848, vor allem aber natürlich für die sogenannte „Februarrevolution“ in Paris, die binnen weniger Tage zum Sturz der Monarchie und zur Ein-

setzung einer provisorischen Regierung führte, die mit der Durchführung von Neuwahlen und der Vorbereitung sozialer Reformen beauftragt wurde. Der Sieg der Aufständischen in Paris - errungen von einer zerbrechlichen Koalition aus bürgerlichen Liberalen und den radikalisierten hauptstädtischen Massen - wirkte wie ein Signal. Anders als 1830 begannen nun die Revolutionen in anderen europäischen Ländern nahezu ohne Zeitverzögerung, binnen weniger Tage und Wochen. Mitte März war die Revolution nicht nur in Wien und Berlin, sondern auch in Mailand und in Ungarn erfolgreich. Dabei hingen das neue Selbstbewußtsein der Opposition und die Lähmung der Träger der alten Ordnung offensichtlich mit der sich rasch steigernden Dynamik des Gesamtvorgangs zusammen: Was in Paris möglich war, konnte in Wien nicht mehr unmöglich sein, und wenn es möglich war, das „System Metternich“ in Wien zu stürzen, konnten auch die Ordnungskräfte in Berlin nicht mehr unüberwindlich sein. Daß für Ungarn und Oberitalien sowie für Böhmen und Mähren die Vorgänge in Wien von entscheidender Bedeutung waren, bedarf keiner näheren Erläuterung. Die scheinbare Unwiderstehlichkeit der liberalen und demokratischen Bewegungen im Frühjahr 1848 resultierte zu einem großen Teil aus dieser internationalen Konstellation, die es den Gegnern der Revolution geraten erscheinen ließ, sich scheinot zu stellen.

Genau das war auch der Grund dafür, daß die Sieger darauf verzichteten, die Gegenrevolution zu entwaffnen und die neue Macht zu sichern. Die Tatsache, daß wichtige politische Forderungen sofort erfüllt bzw. entsprechende Reformen umstandslos zugesichert wurden, die Machtverhältnisse aber ungeklärt blieben, erwies sich schon bald als die entscheidende Schwäche der äußerlich so glanzvoll verlaufenen Revolution. Die konkreten Bedingungen waren in den einzelnen Revolutionsländern durchaus unterschiedlich, die Grundkonstellation war aber überall ähnlich. Schon im Juni setzte deshalb eine konterrevolutionäre Entwicklung ein, die ebenfalls eine starke europäische Dynamik aufwies. In Prag und in Oberitalien demonstrierten die österreichischen Truppen, daß sie den Aufständischen militärisch überlegen waren. In Frankreich, wo die Wahlen Ende April überraschend konservativ ausgefallen waren, spitzten sich die inneren Auseinandersetzungen rasch zu, so daß schon im Juni ein Aufstand der Pariser Arbeiter mit äußerster Brutalität niedergeschlagen wurde: Über 3000 Menschen büßten den Aufstand mit ihrem Leben, etwa 15.000 wurden anschließend verbannt. Diese Demonstration konterrevolutionärer Macht hatte eine ähnliche Signalwirkung in Europa wie die erfolgreiche Revolution von Ende Februar. Zwar zogen sich die Auseinandersetzungen noch lange hin, doch war der Glaube an die Unbesiegbarkeit der Revolution gebrochen. In Wien kam es im Oktober noch einmal zu einem Aufbäumen der revolutionären Kräfte, doch gelang es der österreichischen Regierung, die sehr geschickt die verschiedenen Revolutionsschauplätze in der Habsburger Monarchie voneinander isolierte, den Wiener Aufstand eindeutig militärisch niederzuschlagen. In Berlin bedurfte es daraufhin nur noch des Einmarschs der Regierungstruppen und der Verkündigung des Belagerungszustandes, um die Revolution zu beenden. Es paßt

schließlich in diesen Zusammenhang, daß die beiden langlebigsten Revolutionen - in Ungarn und in Rom - im August 1849 mit Hilfe russischer bzw. französischer Truppen gewaltsam beendet wurden. Während die internationale Solidarität der Revolutionäre alles in allem nur auf dem Papier stand, war die Solidarität der alten Mächte eine unübersehbare Realität.

Die Revolution in Deutschland

In diesem Kontext der europäischen Revolutionsgeschichte der Jahre 1848/49 sind nun auch die deutschen Entwicklungen zu sehen. Es ist in dem gegebenen Rahmen nicht möglich, hier eine zusammenfassende Skizze der deutschen Revolutionsgeschichte zu geben, doch sollen zumindest einige charakteristische Aspekte hervorgehoben werden. So wichtig die Nachrichten aus Paris für die deutsche Entwicklung waren, so wenig war diese doch in ihrer Programmatik und in ihrem Ablauf von Frankreich geprägt. Seit der Mitte der vierziger Jahre hatte sich eine Radikalisierung vollzogen, die höchst unterschiedliche Ebenen des gesellschaftlichen Lebens erfaßte. Überall war eine wachsende Ungeduld erkennbar, und selbst gemäßigte Liberale äußerten offen ihre Zweifel, ob auf dem bisherigen Wege der bloßen Beratung die nötigen Veränderungen zu erzielen seien. So zeigte sich von Ende Februar an eine bis dahin unbekannte Bereitschaft zum spontanen politischen Handeln. Die Aktionsformen - Volksversammlungen, Massendemonstrationen, Aufstellung von Forderungskatalogen - wiesen ebenso wie die inhaltlichen Forderungen bei aller Spontanität eine bemerkenswerte Übereinstimmung auf. Man forderte nun mit Nachdruck die sofortige Aufhebung aller Einschränkungen der politischen Rechte, die Herstellung der Presse-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit und die Einführung eines allgemeinen und gleichen (Männer-)Wahlrechts; die allgemeine Volksbewaffnung und die Vereidigung des Heeres auf die Verfassung; die Erweiterung der Rechte der Volksvertretung und die Ministerverantwortlichkeit; eine neue, bürgerliche Gerichtsverfassung mit Schwurgerichten und mündlicher Verhandlung; eine bessere, vor allem volksnähere Verwaltung; die Gleichheit der bürgerlichen und politischen Rechte für die Angehörigen aller Religionsbekenntnisse; die Lösung der sozialen Frage, den Schutz vor Arbeitslosigkeit und unverschuldeter Not; eine verbesserte und unentgeltliche Volkserziehung; schließlich die Einberufung eines deutschen Parlaments und die Schaffung eines nationalen Verfassungsstaates. Überall dort, wo es wie in Österreich, Preußen oder den mecklenburgischen Großherzogtümern noch keine Verfassung gab, stand diese darüber hinaus an der Spitze aller Forderungen.

Dieses Programm zielte weniger auf eine Revolution als auf eine radikale Reform. Die Republik wurde nur von einer kleinen Minderheit angestrebt, doch bedeutete die Summe der Forderungen, daß am Ende des Prozesses eine neue, bürgerliche Gesellschaft gestanden hätte, die nicht nur die absolutistische Regierungsform, sondern auch die ständisch-feudalen Strukturen hinter sich gelassen hätte. Der Übergang zwischen Reform und Revolution war fließend, und anders als 1789 in Frankreich blockierten die Fürsten und

ihre Regierungen nicht demonstrativ die gewünschten Veränderungen, so daß die Zuspitzung zu einem revolutionären Konflikt zunächst vermieden wurde. Gewaltsame Zusammenstöße gab es nur vereinzelt, und insofern stellten die Revolutionskämpfe in Wien und Berlin eher die Ausnahme als die Regel dar. Der Kern der politischen Strategie des liberalen - teilweise auch des demokratischen - Bürgertums bestand darin, die revolutionäre Situation zu nutzen, um die seit langem überfälligen Reformen zu erzwingen, ohne dabei einen vollständigen Bruch der politischen und gesellschaftlichen Kontinuität eintreten zu lassen. Dabei spielte die Furcht vor Sozialrevolutionären Unruhen eine erhebliche und durchaus nicht unbegründete Rolle. Doch beruhte die Politik der begrenzten Revolution nicht nur und nicht einmal in erster Linie auf der Angst vor den „besitzlosen Klassen“, sondern auch auf einem bürgerlichen Selbstbewußtsein, das dadurch bestimmt war, daß man sich im Bunde mit der Geschichte glaubte, getragen vom allgemeinen historischen Prozeß. Adlige Privilegien, feudale Sozialstrukturen und monarchischer Absolutismus konnten, davon war man überzeugt, in dem heraufziehenden bürgerlichen Zeitalter keine Zukunft mehr haben. Aus ihrer inneren Dynamik heraus würde die bürgerliche Gesellschaft eine freiheitliche politische und gesellschaftliche Ordnung, die den nationalen Verfassungsstaat einschloß, durchsetzen. Vorübergehende Kompromisse mit den Repräsentanten der alten Ordnung mußten unter diesen Voraussetzungen als unproblematisch erscheinen.

Genau dieser grundsätzliche Optimismus aber fehlte großen Teilen des kleinen Bürgertums und erst recht den unterbürgerlichen Massen in den Städten ebenso wie auf dem Lande. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts wurden von diesen Massen nicht als Vorboten einer besseren Zukunft, sondern als sich verschärfende Krisen erlebt. Der sogenannte „Pauperismus“, die sich aus der Auflösung der alten Sozialordnung entwickelnde strukturelle Massenarmut, stellte ein akutes Problem dar, das große Teile des Deutschen Bundes erfaßt hatte. Handwerker und kleine Gewerbetreibende lebten zu großen Teilen an der Armutsgrenze, ohne jede wirtschaftliche Perspektive. Der bäuerliche Besitz war teils durch die alten Feudalabgaben, teils durch neue Kredite belastet, die aus der Ablösung der Feudallasten resultierten. Schlechte Ernten, von denen es in den vierziger Jahren nicht wenige gab, führten die bäuerlichen Betriebe, insbesondere die kleineren, immer tiefer in die Verschuldung. Unter diesen Umständen war es kaum möglich, mit besonderem Vertrauen in die Zukunft zu schauen. Die beginnende Fabrikproduktion und erst recht das große Kapital erschienen nicht als Verheißung einer besseren Zukunft, sondern als unmittelbare Bedrohung. Es ergab sich aus dieser Situation, daß diese Schichten politisch fortschrittlich, in wirtschaftlichsozialer Hinsicht aber rückwärtsgewandt waren. Sie waren zutiefst unzufrieden mit den Verhältnissen, aber sie waren keine „Modernisierer“ im Sinne der industriell-kapitalistischen Entwicklung. Ihr Ziel war nicht eine Klassengesellschaft auf marktwirtschaftlich-kapitalistischer Grundlage, sondern

eine Gesellschaft der freien mittelständischen Existenzen, eine „klassenlose Bürgergesellschaft“. Es ist bezeichnend, daß die Deutsche Nationalversammlung weit mehr Petitionen zugunsten von Schutzzöllen als zugunsten des Freihandels erhielt.

Nun ist häufig argumentiert worden, daß die Revolution vor allem an der Kluft zwischen den besitz- und bildungsbürgerlichen Interessen einerseits und den Interessen der klein- und unterbürgerlichen Schichten andererseits gescheitert sei. Dafür gibt es gute Argumente, zumal ähnliche Phänomene auch in anderen Revolutionen zu beobachten sind, nicht zuletzt in der Französischen Revolution von 1789. In der Aufstiegs- und Durchbruchphase der Revolution traten diese Spannungen naturgemäß weniger in Erscheinung: Die großen Volksversammlungen und auch die Barrikadenkämpfe in Wien und Berlin waren eine Sache des Volkes und nicht nur einzelner sozialer Schichten, wenn auch die Jugendlichen und die Handarbeiter auf den Barrikaden und unter den Opfern der Barrikadenkämpfe die überwältigende Mehrheit von etwa 85 Prozent stellten. Auch Revolutionen sind arbeitsteilig organisiert, und das mit gutem Grund. Entscheidend war im Frühjahr 1848, daß es einen hohen Grad der Übereinstimmung gab zwischen denen, die redeten und schrieben, und denen, die auf den Straßen waren und kämpften. Die Schere öffnete sich erst, als die ersten Siege errungen waren und die Liberalen - in den „Märzregierungen“, d.h. den neuen, mit prominenten Liberalen an der Spitze gebildeten Regierungen - Mitträger der Macht wurden. Die Versuche von Friedrich Hecker im Frühjahr und von Gustav Struve im Herbst 1848, in einer zweiten Revolution die „deutsche Republik“ zu erzwingen, hatten deshalb keine Chance - ganz davon abgesehen, daß auch ihre Unterstützung im Lande, durch die Volksschichten, in deren Namen sie zu handeln beanspruchten, nur sehr begrenzt und für eine ernsthafte Kraftprobe bei weitem nicht ausreichend war. Auch die revolutionären Unruhen auf dem Lande, die vor allem im März und April von Bedeutung waren, wurden energisch bekämpft. Charakteristisch für die sich verändernde Situation war dann, daß es am 18. September 1848 in Frankfurt am Main zu Barrikadenkämpfen kam, die sich aus Protesten gegen die politischen Entscheidungen der Nationalversammlung entwickelten: Genau ein halbes Jahr nach den Kämpfen in Berlin setzte nun die Nationalversammlung österreichische und preußische Truppen aus der Bundesfestung Mainz gegen die Aufständischen ein. Gab es in Berlin etwa 300 Todesopfer der Barrikadenkämpfe, so waren es nun 80 - aber in einer umgekehrten Frontstellung. Dennoch wäre es falsch, daraus den Schluß zu ziehen, daß die Nationalversammlung damit ihre politische Basis verloren hatte. Es gab zweifellos tiefe Spaltungen, aber es gab, wie sich im Frühjahr 1849 zeigte, auch immer noch eine breite Unterstützung der nationalen Verfassungsbewegung. Die sogenannte „Reichsverfassungskampagne“, in der es um die Durchsetzung der von der großen Mehrzahl der deutschen Staaten - freilich nicht den wichtigsten unter ihnen - angenommenen „Verfassung des Deutschen Reiches“ ging, fand nicht nur in Südwestdeutschland, sondern auch in Sachsen und in

Teilen der preußischen Westprovinzen eine breite Unterstützung. In Baden wurde sogar eine revolutionäre Regierung gebildet, der sich die regulären Truppen anschlossen. Es bedurfte des geballten Einsatzes der preußischen militärischen Macht, um diese Volksrevolution, die international inzwischen fast völlig isoliert war, blutig niederzuschlagen.

Freiheits- und Nationalbewegung

Die deutsche Revolution von 1848/49 war eine Freiheits- und Nationalbewegung. Als Freiheitsbewegung war sie nicht nur im ersten Anlauf sehr weitgehend erfolgreich. Die berühmten „Märzforderungen“ wurden zu großen Teilen durchgesetzt, selbst die Volksbewaffnung wurde zumindest teilweise realisiert. Mit dem Beginn der Reaktionszeit wurde manches, aber durchaus nicht alles zurückgenommen, und Preußen und Österreich sahen sich veranlaßt - nachdem die Arbeiten der verfassunggebenden Versammlungen zwangsweise gestoppt worden waren -, Verfassungen zu „oktroyieren“, d. h. einseitig zu erlassen, in die ein großer Teil der liberalen Programmpunkte aufgenommen worden war. Viel eindeutiger - und zwar negativ - war die Bilanz der nationalen Revolution. Alle Liberalen und Demokraten waren sich einig in der Forderung nach einem deutschen Nationalstaat, der ein Verfassungsstaat sein sollte. Da man sich an den Grenzen des Deutschen Bundes orientierte - was nicht ausschloß, daß die preußischen Ostprovinzen, Schleswig und selbst das erst 1839 zum Bund gekommene Limburg, Teil des deutschen Nationalstaates sein sollten -, sah man sich mit dem Problem der Habsburger Monarchie konfrontiert: Mit der gesamten Monarchie war es kein deutscher Nationalstaat mehr, ohne sie war es ein amputierter, „kleindeutscher“ Nationalstaat. Da Österreich keinerlei Neigung zeigte, den Verbund der Monarchie zu lockern oder gar aufzulösen, stand man vor einem unlösbaren Dilemma. Erst in der letzten Phase der Paulskirche fand sich schließlich eine Mehrheit der Abgeordneten für eine „kleindeutsche“ Lösung mit dem preußischen König als erblichem Kaiser an der Spitze des zu schaffenden Reiches. Auch das wäre nur im Konflikt mit Österreich durchzusetzen gewesen. Als der preußische König sich schließlich verweigerte, war die Nationalstaatsgründung gescheitert. Eine Alternative hätte nur im bewaffneten Kampf, in der revolutionären Erhebung für die deutsche Einheit gelegen, aber die wurde von der großen Mehrheit der Nationalversammlung nicht gewollt - und ihre Erfolgsaussichten wären in der Tat höchst ungewiß gewesen. Eine Mehrheit der Liberalen war bereit, das Prinzip der Volkssouveränität zugunsten der „Vereinbarung“ mit den Fürsten einzuschränken, und selbst unter den Demokraten gab es nur eine kleine Minderheit, die eine deutsche Republik zu diesem Zeitpunkt für sinnvoll hielt. Nur für die Republik aber hätte ein revolutionärer Einigungskrieg geführt werden können. Insofern wird man zu dem Schluß kommen müssen, daß eine Lösung der nationalen Frage, so wie sie in der Revolution gestellt worden war, unter den gegebenen Bedingungen unmöglich war. Es waren nicht einzelne Fehlentscheidungen, die zu einem Scheitern der nationalen Einigung führten, sondern es war, nachdem Preußen

sich gegen das Bündnis mit der Nationalversammlung entschieden hatte, die Gesamtkonstellation.

Denkbar wäre allenfalls gewesen, daß man sich für die internationale Solidarität der europäischen Nationalbewegungen von 1848 entschieden hätte, doch gab es dazu allenfalls auf der radikalen Linken einige vereinzelte Ansätze. Für die Mehrheit standen die eigenen nationalen Interessen ganz und gar im Vordergrund. Man wollte nicht in erster Linie ein Europa der liberalen Nationalstaaten, sondern den eigenen nationalen Staat. Man dachte in Kategorien der Macht, pochte auf die Überlegenheit der eigenen Kultur und scheute selbst vor einem imperialistischen Sendungsbewußtsein nicht zurück. In Deutschland war die sog. „Polendebatte“ der Frankfurter Nationalversammlung im Sommer 1848 der eigentliche Sündenfall der Nationalbewegung. Den seit 1830 stets unterstützten Ansprüchen der Polen auf einen eigenen Staat wurden plötzlich die deutschen Nationalinteressen - es ging um das ganz überwiegend polnisch besiedelte Posen - entgegengestellt. An die Stelle der traditionellen linken „Polenfreundschaft“ traten plötzlich die Interessen „eines gesunden Volksegoismus“, „welcher die Wohlfahrt und Ehre des Vaterlandes in allen Fragen obenanstellt“. Während Polen die Staatsfähigkeit bestritten wurde, galt für Deutschland: „Ein großes Volk braucht Raum, um seinen Weltberuf zu erfüllen.“ Gewiß war 1848 der Nationalismus noch eine Angelegenheit der Liberalen und Demokraten, stand die antifeudale Stoßrichtung der Nationalbewegung noch im Vordergrund, aber „unschuldig“ war der Nationalismus nicht mehr. Wie Jürgen Kocka kürzlich formuliert hat: „Nationalismus war niemals unschuldig. Zum Drängen auf Inklusion der einen gehörte die Bereitschaft zur Exklusion der anderen. Dem begeisterten Stolz auf das eigene Volk entsprach nur zu oft die Herabsetzung der anderen. 1848/49 trat die Janusköpfigkeit des Nationalismus voll hervor.“ Immerhin soll nicht verschwiegen werden, daß die deutsche Nationalversammlung erstmals das Programm eines Minderheitenschutzes entwickelte, d.h. Verfassungsbestimmungen erarbeitete, die dem Schutz der Sprache und Kultur ethnischer Minderheiten in dem zu schaffenden deutschen Nationalstaat dienen sollten.

Die Revolution und die Emanzipation der Juden

Um die Ambivalenzen der Revolution zu unterstreichen, will ich noch einen Problemkreis ansprechen, der mir auf Grund meiner eigenen Forschungen besonders nahe liegt: die Bedeutung der Revolution für die Emanzipation der Juden in Deutschland. 1848 war ein wichtiges Jahr in der Geschichte der deutschen Juden, aber es war - im Gegensatz zu den Erwartungen der meisten Zeitgenossen - kein Entscheidungsjahr. Wir haben inzwischen aus der allgemeinen europäischen Revolutionsgeschichte gelernt, daß die Auswirkungen der Revolution auf die Stellung der Juden in den jeweiligen Gesellschaften weniger eindeutig waren, als lange Zeit, im Banne der liberalen Traditionen, angenommen worden ist. Wir wissen von der Französischen Revolution von 1789 in der Regel nur, daß sie zum ersten Mal in der euro-

päischen Geschichte die volle rechtliche Gleichstellung der Juden herbeigeführt hat. Wir wissen dagegen meist nicht, daß die Nationalversammlung lange zögerte, diese Gleichstellung auszusprechen, und daß die Revolution in den östlichen Departements, wo die weitaus meisten Juden lebten, mit heftigen und andauernden Judenverfolgungen begann. Ähnlich war es 1830 und dann auch 1848. In Frankreich und in Deutschland, aber auch in einigen anderen europäischen Staaten oder Regionen, gab es im Frühjahr 1848 antijüdische Unruhen und Ausschreitungen in erheblichem Umfang, überwiegend auf dem Lande, aber auch in einigen größeren Städten. Gleichzeitig kam es in allen deutschen Parlamenten oder den neugeschaffenen verfassungsgebenden Versammlungen zu Initiativen im Sinne der rechtlichen Gleichstellung der Juden oder zumindest einer erheblichen Verbesserung ihrer Rechtsstellung. Tatsächlich entschied sich die Paulskirchenversammlung dafür, daß Unterschiede in der Religionszugehörigkeit künftig keine Unterschiede in den bürgerlichen und politischen Rechten mehr begründen dürften. In den einzelnen Staaten kam es dagegen nur teilweise zu einer entsprechenden Gesetzgebung, und in nicht wenigen Fällen wurde die Angelegenheit gerade wegen der antijüdischen Unruhen bewußt verzögert - so zum Beispiel in dem ansonsten so fortschrittlichen Großherzogtum Baden. In Preußen entschied man sich in Artikel 12 der Verfassung für die volle rechtliche Gleichstellung der Angehörigen der unterschiedlichen Religionen oder Konfessionen, um dann in Artikel 14 das Prinzip des „christlichen Staates“ festzuschreiben, das bis zur Emanzipationsgesetzgebung des Norddeutschen Bundes im Jahre 1869 so interpretiert wurde, daß Juden von wichtigen politischen und staatlichen Ämtern ausgeschlossen blieben. Insgesamt bedeutete die Revolution damit nicht den Abschluß der Emanzipationsgesetzgebung, sondern durch die erneute Verzögerung eine weitere Belastung des Emanzipationsprozesses. Die Tatsache, daß die „Judenfrage“ nicht „in die politische Altertumskammer“ geworfen wurde, wie die Spenersche Zeitung in Berlin im Mai 1848 vorausgesagt hatte, wurde vor allem in der Reaktionszeit als ein naheliegendes Argument gegen weitere Rechtsangleichungen ins Feld geführt.

Allerdings war die Emanzipation der Juden nicht mehr in erster Linie eine Frage der Gesetzgebung. Mit den ersten revolutionären Erschütterungen ereignete sich in Deutschland 1848 etwas grundsätzlich Neues, die Situation der Juden entscheidend Veränderndes: Erstmals und in großer Zahl traten Juden als Handelnde in allgemeinen politischen Angelegenheiten auf, und nicht wenige von ihnen übernahmen auch Führungspositionen. In Wien ebenso wie in Berlin waren Juden aktiv an den Straßenkämpfen beteiligt, die im März 1848 zum Sieg der revolutionären Bewegung führten. In Wien waren unter den ersten fünf Todesopfern auf Seiten der Aufständischen zwei Juden: ein Student des Polytechnikums und ein Webergeselle. In Berlin ist die genaue Zahl nicht bekannt, doch lag sie sicher nicht unter zehn, was einem Anteil von 3-4 Prozent an den Todesopfern entsprechen würde. In beiden Städten sprachen christliche Geistliche und ein Rabbiner gemeinsam bei den

Trauerfeierlichkeiten. Es gab in Deutschland in den durch die Revolutionen eingesetzten Regierungen keine jüdischen Minister wie in Frankreich und in Oberitalien, aber in Wien gehörten einige Juden wie die Ärzte Adolf Fischhof und Joseph Goldmark zweifellos zu den wichtigsten Führern der Revolution, und nicht nur in die Deutsche Nationalversammlung, sondern auch in zahlreiche verfassungsgebende Versammlungen wurden - von Wien über Berlin bis Schwerin - Juden als Abgeordnete gewählt, d.h. von Nichtjuden mit einem allgemeinen politischen Mandat betraut. Es ist nicht nötig, die Tätigkeit der Juden in den Parlamenten - Gabriel Riesser wurde immerhin zum Vizepräsidenten der Deutschen Nationalversammlung gewählt - oder in der Publizistik der Revolutionszeit detailliert darzustellen. Der entscheidende Punkt ist: Juden wurden zu Mithandelnden und Mitgestaltenden der deutschen Geschichte. Mit anderen Worten: Sie emanzipierten sich durch ihr politisches Handeln, und die Tatsache, daß sie wichtige Funktionen, vor allem auch Wahlämter übernehmen konnten, zeigt deutlich, daß diese Emanzipation in der Praxis von den christlichen Mitbürgern mitgetragen wurde. Insofern bedeutete die Revolution trotz aller antijüdischen Ausschreitungen und aller Ambivalenzen in der Gesetzgebung doch einen außerordentlich großen Schritt nach vorn. Spätestens mit der Revolution von 1848 wurde aus der jüdischen Geschichte in Deutschland eine gemeinsame deutsch-jüdische Geschichte.

Die Bedeutung der Revolution für die Gegenwart

Abschließend möchte ich mich noch für einen kurzen Augenblick der Frage widmen, welche Bedeutung die Beschäftigung mit 1848 für unsere Gegenwart haben kann. Ein Blick in die verschiedenen Medien mag den Eindruck vermitteln, daß es ein überwältigendes Bedürfnis gibt, sich der Traditionen von 1848 zu versichern. Tatsächlich sind so viele gute Bücher und Artikel veröffentlicht worden, daß man als Vortragender vor einem halbwegs aufgeklärten Publikum von der Furcht geplagt wird, Eulen nach Athen zu tragen, d.h. im wesentlichen nur Dinge zu wiederholen, die in Variationen in allen einschlägigen Zeitungen und Zeitschriften zu lesen sind. Doch scheint mir eine gewisse Skepsis hinsichtlich der allgemeinen Rezeptions- und Reflexionsbereitschaft in unserer Gesellschaft angebracht. Es mag auch nützlich sein, sich daran zu erinnern, daß 1848 nicht immer in so hohem Ansehen stand, wie das heute der Fall zu sein scheint. Der 50. Jahrestag war nur der politischen Opposition im wilhelminischen Deutschland eine Feier wert, d. h. den wenigen Linksliberalen und bürgerlichen Demokraten und natürlich den Sozialisten, für die der 18. März immer zu den wichtigsten Traditionsdaten gehört hat. Im Krisenjahr 1923 ging der 75. Jahrestag weitgehend unter, und erst 1948 begann man sich im größeren Stile der Revolution zu erinnern, freilich nun schon unter den Vorzeichen des Kalten Krieges, so daß in Berlin, ähnlich wie schon in der Weimarer Republik, getrennte Demonstrationen von Sozialdemokraten und Kommunisten organisiert wurden. Otto Suhr beschwor damals den Zusammenhang von revolutionären Kämpfen und Grundrechten, und er betonte, daß die Revolutionäre von 1848 ebenso wenig

wie die Aufständischen des 20. Juli 1944 nach dem unmittelbaren Erfolg oder Mißerfolg zu beurteilen seien. „Im Gegenteil“, rief er aus, „wenn das deutsche Volk endlich die Demokratie begreifen will, dann muß es seine Helden des Friedens und der Freiheit achten lernen.“ 1973 fand der 125. Jahrestag im geteilten Deutschland dann nur eine begrenzte Aufmerksamkeit. Seitdem aber hat sich der Umgang mit Geschichte in der Bundesrepublik wesentlich verändert. In einem mühsamen Prozeß haben wir uns dazu durchgerungen, die Belastungen unserer Geschichte durch die Verbrechen der NS-Zeit in der Weise zu akzeptieren, daß sie nicht mehr verdrängt, sondern öffentlich zur Kenntnis genommen und zur Diskussion gestellt werden. Damit hat sich die Einsicht verbreitet, daß die genaue Kenntnis dieser Geschichte eines der stärksten Argumente gegen jede Infragestellung unserer freiheitlich-demokratischen, auf die Sicherung von Menschen- und Bürgerrechten verpflichteten Gesellschaft ist. Parallel dazu hat das Interesse an Geschichte ganz allgemein zugenommen und damit das Bedürfnis, auch die positiven Traditionen zu sichern und zu einem Bestandteil unserer politisch-historischen Orientierung zu machen. Insofern besteht vielleicht doch eine Chance, daß von dem kurzfristigen Medienrummel um 1848 ein wenig mehr bleibt, als noch vor zehn oder zwanzig Jahren zu befürchten gewesen wäre.

Daß 1848 eine so durchweg positive Beachtung zuteil wird, ist auch deshalb bemerkenswert, weil es sich um eine Revolution handelt und der Umgang mit Revolutionsjubiläen in unserer Gesellschaft bestenfalls als ambivalent bezeichnet werden kann. Als 1993 des 75. Jahrestages der Revolution von 1918, der Entstehung der ersten deutschen Demokratie, der Gründung der Republik in Deutschland zu gedenken gewesen wäre, gab es bei Regierungert und Parlamenten, aber auch in den politischen Parteien und großen Teilen der Öffentlichkeit ein durchgängiges Desinteresse. Gewiß kann inzwischen auch für 1848 wie für 1789 gesagt werden, daß die Revolution zu Ende ist, daß ihre Frontstellungen nicht mehr unmittelbar mit unserer Gegenwart verbunden sind. Hier gibt es Unterschiede zwischen 1848 und 1918. Aber die Erinnerung an 1848 bleibt die Erinnerung an eine Revolution, und deshalb verbindet sich diese Erinnerung auch mit 1918 und 1989. Es wäre sehr lohnend, diese drei Revolutionen in ihren Formen und Zielsetzungen, in ihren Abläufen und Ergebnissen genauer miteinander zu vergleichen, doch fehlt dafür die Zeit, so daß ich nur einige Andeutungen machen will. In allen drei Fällen waren die revolutionären Aktionen spontan, nicht zentral gelenkt, aber doch erstaunlich einheitlich in den Forderungen wie in den Organisationsformen. Jedesmal war es das Volk, waren es die in Bewegung geratenen Massen, die plötzlich die Initiative ergriffen, die veränderten nationalen und internationalen Rahmenbedingungen nutzten, sich nicht mehr abweisen oder einschüchtern ließen und dadurch eine Lähmung der Machtinhaber auslösten, die ein sicheres Kennzeichen einer revolutionären Situation ist. 1848 waren die Kämpfe zu Beginn der Revolution heftiger und opferreicher, während in den beiden anderen Fällen die sich rasch steigernden Demonstrationen ausreichten, um den Machtwechsel zu erzwingen. In allen drei Fällen konnte das entstehende

Machtvakuum nur teilweise ausgefüllt werden, 1848 wie 1918 wurde die Konterrevolution nicht entwaffnet, zeigte sich dadurch nach wenigen Monaten, daß die Machtfrage nicht wirklich geklärt war und dadurch die gegenrevolutionären Kräfte bald wieder an Bedeutung gewannen. Natürlich fehlt es auch nicht an Unterschieden, doch ist ausschlaggebend, daß 1848 wie 1918 und 1989 die Menschen in einem kritischen Augenblick ihr Schicksal selber in die Hand nahmen, als mündige Bürger handelten. Es hat nichts mit Revolutionsromantik zu tun, wenn man das nachdrücklich unterstreicht - Revolutionen sehen, wie schon Heinrich Heine bemerkt hat, in aller Regel in den Büchern schöner aus als in der Wirklichkeit -, aber es demonstriert auf eindrucksvolle Weise, daß die rechte wie linke Rede vom „Land ohne Revolution“ durch die geschichtliche Wirklichkeit nicht bestätigt wird.

Man mag einwenden: Revolutionen ja, aber keine erfolgreichen. Das muß für 1989 bestritten werden, auch wenn die Entwicklung eine andere Richtung genommen hat, als sie den meisten Handelnden vorschwebte. Es trifft auch auf 1918/19 nur teilweise zu, da die Revolution zumindest äußerlich erfolgreich war und selbst den gegenrevolutionären Kapp-Putsch eindeutig abwehren konnte. Und für 1848 findet sich inzwischen in den allermeisten neueren Veröffentlichungen die Feststellung, daß man es sich mit der gängigen Formel von der gescheiterten Revolution zu einfach gemacht habe. Natürlich wäre es abwegig, dem jetzt die These gegenüberzustellen, die Revolution sei erfolgreich gewesen. Zu groß war die Zahl derjenigen, die gemäßregelt wurden oder emigrieren mußten; und auch die anderen wußten, daß sie ihre Ziele nicht erreicht hatten. Aber die Revolution blieb nicht ohne wichtige Wirkungen: Der Verfassungsgedanke setzte sich durch, viele der liberalen Reformen wurden nicht wieder rückgängig gemacht, der Entfeudalisierungsprozeß wurde endlich zu einem Abschluß gebracht, das Bewußtsein einer sozialen Frage blieb erhalten, die Erfahrung allgemeiner und gleicher Wahlen ließ sich nicht mehr ungeschehen machen, selbst die später unter Preußens Führung erfolgte „kleindeutsche“ Nationalstaatsgründung wäre ohne die Erfahrungen von 1848/49 wohl kaum möglich gewesen. Schließlich und nicht zuletzt: 1848 ist auch das Gründungsjahr der deutschen Arbeiterbewegung - nicht wegen des „Kommunistischen Manifestes“, sondern wegen der „Allgemeinen deutschen Arbeiterverbrüderung“, die die erste große Selbstorganisation der deutschen Arbeiter gewesen ist. Sie wurde 1854 verboten, aber sie hatte den Beweis erbracht, daß es möglich ist, die Arbeiterschaft zu mobilisieren und zu organisieren.

Es macht gewiß wenig Sinn, die Revolution von 1848 im Rückblick zu idealisieren, und man sollte sich auch davor hüten, verlorene Schlachten nachträglich für gewonnen zu erklären. Ein nüchterner und unvoreingenommener Blick auf 1848 zeigt aber, daß wir allen Grund haben, diese Revolution mit allen ihren Widersprüchen und Schwächen als einen wichtigen, ja zentralen Teil unserer demokratischen Tradition in hohen Ehren zu halten.